

Wohin fließt das viele Geld?

Wir leben in einer Zeit, in der horrenden Summen des von uns allen (über die Steuern) finanzierten Bundeshaushalts einer sozialen und gesellschaftlich sinnvollen Verwendung entzogen und in den militärischen Bereich umgeleitet werden. Es handelt sich dabei um eine Steigerung von Militär-Ausgaben, wie sie die Bundesrepublik Deutschland in ihrer mehr als 75jährigen Geschichte noch nicht gesehen hat: von 38 Mrd. im Jahr 2015 auf 88 Mrd. 2024 und ca. 150 Mrd. ab 2029.

Der größte Teil davon wird über Schulden finanziert, die unsere Kinder und Enkel einst zurückzahlen müssen. Denn eine Finanzierung aus dem aktuellen Haushalt müsste zu so schwerwiegenden Einschnitten in anderen Bereichen wie Gesundheit, Rente oder Bildung führen, dass dies einen Aufstand auslöste, den diese Regierung nicht überleben würde.

Wenn wir nun von solchen immensen Militär-Ausgaben lesen und hören, dann denken wir zunächst einmal, dass dieses Geld für den Ankauf von Panzern und Kampfflugzeugen verwendet wird, die im besten Falle über 30 Jahre in irgendwelchen Kasernen, Flughäfen und Depots herumstehen und – hoffentlich nie genutzt – langsam vor sich hin rosten. Waffen

und militärische Ausrüstung sind aber nur ein Ausgabe-Posten von den derzeit jährlich ca. 100 Mrd. Euro. Im Jahr 2025 betragen die Beschaffungskosten etwa ein Viertel des Gesamtbudgets, also ca. 24 Mrd. Euro für Waffensysteme und Munition sowie Fahrzeuge und Uniformen, darunter waren die größten Posten der Ankauf des Schützenpanzers Puma und des Seeaufklärers Poseidon. Dies im Kopf, lohnt es sich, noch genauer hinzuschauen, wofür so viel Geld ausgegeben wird, welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen das hat und welche Schäden damit bereits heute angerichtet werden.

Autofabriken werden nicht auf Elektro-Antriebe umgerüstet, sondern liefern Panzerteile; Firmen, die bis-

her nicht in der Rüstungsproduktion tätig waren, bauen plötzlich auf lukrative „Sonderfertigung“, wie der Waffenbereich oft beschönigend genannt wird; die klassischen Rüstungsschmieden erleben Umsatz- und

Gewinnsprünge und wer in die entsprechenden Aktien investiert hat, wird über Nacht und ohne eigenes Zutun reich; Forschungskapazitäten und wissenschaftliches Know-How werden auf Tötungsmaschinen ausgerichtet und der Weltraum militarisiert; Menschen, egal auf welcher Hierarchie-Ebene sie arbeiten, werden abhängig von der Produktion und dem Export von Rüstungsgütern, wenn sie nicht ihre Arbeitsplätze verlieren wollen. Wie der Junkie an der Heroinnadel hängen zunehmend ganze Wirtschaftsbereiche an

der Geldspritze aus dem Militär-Etat und weil immer mehr Menschen an Aufrüstung und Krieg (in der Ukraine, Gaza und anderswo) verdienen, gibt es eine wachsende gesellschaftliche Gruppe, die kein Interesse an Friedensverhandlungen, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung hat.

Der größte Batzen aus dem Militär-Etat fließt nicht in die Beschaffung, sondern in die Personalkosten: die Bundeswehr bezahlte 2025 insgesamt ca. 266 000 Menschen, davon 184 000 Soldaten und 82 000 Zivilangestellte. Zu den Zivilpersonen gehörten übrigens auch 484 Angehörige der Militärseelsorge aus den verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie 93 Richter und Staatsanwälte. Sold und Gehälter für alle, deren



WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freie Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International/CPTI* mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

UNTERSTÜTZERKREIS

Mehr über die Unterstützer unter: www.friedenssteuer.de

Jean Ziegler

„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: Ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“



Biggi und Franz Alt

„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“



Dr. Markus A. Weingardt

„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungsausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Ulrich Duchrow

„Angesichts der Massenvernichtungsmittel und der obszönen Ausgaben für Rüstung, während Menschen an Hunger sterben, wünsche ich dem Netzwerk Friedenssteuer, eine Massenbewegung zu werden.“



Martin Arnold

„Ich halte das Netzwerk Friedenssteuer für wichtig, weil ich und viele Menschen in Deutschland und weltweit, die sich für Frieden einsetzen, gegen ihren Willen und ihr Gewissen vom Staat gezwungen werden, durch Steuern zur Kriegsfinanzierung beizutragen. Mein Geld soll für Friedensarbeit investiert werden!“



Andreas Zumach

„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



Arbeitgeber die Bundeswehr ist, summieren sich derzeit auf ca. 62 Mrd. Euro. Die Zahl der Soldaten soll in wenigen Jahren auf 260 000 erhöht werden, die Zahl der zivilen Planstellen wächst und die der Reservisten (die während der Reserve-Übungen ja auch bezahlt werden müssen) wird auf 200 000 ansteigen – so wird der Personalaufwand die 100 Mrd. Euro-Schwelle schon bald überschreiten.

Die Bundeswehr befindet sich in Konkurrenz zu anderen Arbeitgebern, was man schon an der massiven Zunahme der Personalwerbung im öffentlichen Raum, im Internet und an Schulen ersehen kann. Höhere Einstiegsgehälter und besondere Gratifikationen (z. B. Zuschuss zum Führerschein) sollen den Soldatenberuf für junge Menschen attraktiv machen. Gerade im Verhältnis zu schlechter bezahlten Berufsfeldern, wie den Sozial- und Gesundheitsberufen, wo für eine Ausbildung zum Teil noch bezahlt werden muss oder Ausbildungsvergütungen sehr gering ausfallen und kaum zum Leben reichen, kann dies zu einer Änderung der Berufswahl führen. Die Folge: es gibt noch weniger Erzieher und Krankenpfleger, die doch so dringend gebraucht werden. Die Milliarden für die Bundeswehr verzerren den Berufseinstieg und richten – gerade angesichts des Fachkräftemangels – erheblichen Schaden für die Gesellschaft an.

Ein letzter, aber nicht unerheblicher Anteil der Militärausgaben fließt in den Ankauf von Flächen und die Bebauung mit Immobilien: wenn die Bundeswehr ihre Personalstärke um mehr als 40 % erhöhen will, braucht sie neue Kasernen, Waffendepots und Übungsgelände. Davon gab es zwar nach dem Ende des Kalten Krieges genug, sie standen damals leer und wurden nach und nach verkauft bzw. den Kommunen als Konversionsflächen übertragen. Es entstanden Wohnviertel, Schulen sowie Gewerbegebiete ohne zusätzliche Flächenversiegelung; hier wurde die „Friedensdividende“ konkret und für jeden nachvollziehbar. Dieser Prozess der Zivilisierung unserer Städte und Landschaften

wurde jedoch mit der „Zeitenwende“ abrupt gestoppt; es findet keine Konversion von militärischen Anlagen mehr statt, selbst bereits verkaufte Flächen werden von der Bundeswehr zurückgefordert (wie z. B. in Kiel/Holtenau-Ost), auch wenn Kommunen schon erhebliche Planungskosten aufgewendet haben und dringender Bedarf an neuem Wohnraum besteht.

Bundesweit ca. 200 Liegenschaften sind vom Konversionsstopp betroffen, weitere sollen hinzugekauft und militärisch genutzt werden. Diese werden der Landwirtschaft oder dem Natur- und Artenschutz entzogen, denn es gibt in Deutschland keine Flächen, die nicht zivil genutzt und von Bedeutung wären. Der militärische Schaden reicht aber weit über diese Grundstücke hinaus: so können z. B. Windräder nicht gebaut werden, weil sie in einem von der Bundeswehr beanspruchten Tieffluggebiet oder der Einflugschneise eines neuen Fliegerhorsts geplant sind. Die Lärmbelästigung und daraus folgende Krankheiten nehmen zu, wenn Kampfjets über die Häuser donnern oder Panzer verlegt werden. Nicht erst der Krieg selbst, sondern bereits seine Vorbereitung macht Menschen krank, schadet der Umwelt und dem Klima und damit unseren langfristigen Lebensgrundlagen.

Klaus Waiditschka

„Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich bewähren muss – wie wir es früher hörten –, sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.“

Gustav Heinemann,
Bundespräsident 1969–1974

INHALT

Wohin fließt das viele Geld?	1
Wer wir sind und was wir wollen	2
Dranbleiben?!	
Fünf gute Gründe gegen Frust und Resignation.	4
Dranbleiben – am Ziel eines Zivilsteuergesetzes!	6
Ein unbewaffneter Friede	7
Meine Auseinandersetzung mit dem Finanzamt	8
Kurz & bündig	9
Freiwilliger Wehrdienst? Oder gar Wehrpflicht?	11
Netzwerk intern	12
Materialliste	15
Adressliste, Termine	16

Dranbleiben?!

Fünf gute Gründe gegen Frust und Resignation.

Kriege, Rechtsextremismus, Klimawandel, Trump – wer sich für Frieden, Demokratie, Menschenrechte oder Umweltschutz einsetzt, hat zurzeit viele Gründe zur Frustration. Es scheint, als sei der Irrsinn überall im Aufwind, als würden Vernunft und Menschlichkeit auf der politischen Resterampe verramscht, als ginge es – bestenfalls – langsam einen Schritt voran und dann wieder, sehr schnell, zwei zurück. Frust, Entmutigung, Depression, Gelähmtheit, mindestens aber die Zweifel: Hat mein Engagement überhaupt einen Sinn? Nutzt es irgendetwas? Macht es einen Unterschied?

Fünf gute Gründe, dranzubleiben:

1 Frieden ist kein Zustand, sondern ein Prozess

Frieden, Menschenrechte, Versöhnung – das sind keine *Zustände*, die man einmal erreichen und dann für alle Zeiten „haben“ könnte. Mahatma Gandhi sagte einst: „Es gibt keinen Weg zum Frieden. Frieden ist der Weg.“ Das heißt: Frieden ist ein Prozess, ein Geschehen zwischen Menschen, ein *Beziehungsgeschehen*.

Wer den Anspruch hat, „den“ Frieden zu schaffen, kann nur frustriert werden – heute ebenso wie schon vor 100 oder 1000 Jahren oder 2000 Jahren. Frieden und Versöhnung, der Einsatz für Menschenrechte, Demokratie oder Umweltschutz sind immerwährende Aufgaben. Wir können einiges dazu beitragen, doch man wird nie damit fertig sein, der Prozess ist nie zu Ende. Diese Einsicht ist einerseits bedauerlich, schützt aber vor Desillusionierung und Depression. Und sie entlastet uns: Ich muss nicht „den“ Frieden schaffen, aber ich kann einen Beitrag dazu leisten. Alle nach ihren jeweiligen Möglichkeiten und Begabungen, in ihrem Umfeld: Die Welt ein bisschen besser und friedlicher machen! Das ist viel!

2 Engagement: Nicht trotzdem, sondern gerade deswegen

Wir engagieren uns nicht trotz der Kriege, trotz der Umweltzerstörung, trotz der Rechtspopulisten und -extremisten, sondern gerade *deswegen*. Weil es Kriege gibt, ist es notwendig, sich für Frieden und gewaltlose Konfliktbearbeitung einzusetzen. Gäbe es keine Kriege, bräuchte es keine Pazifist*innen. Gäbe es keine Umweltzerstörung, müsste man sich nicht für Umweltschutz einsetzen.

Diese Welt ist nicht perfekt und wird es nie sein. Wo Menschen zusammenleben, gibt es Konflikte und wird es

sie immer geben. Und jede Zeit bringt neue, andere Herausforderungen mit sich. Sich diesen Herausforderungen zu stellen und der Gleichgültigkeit, Lüge oder Menschenverachtung nicht das Feld zu überlassen, auch angesichts herber Rückschläge: das erfordert Mut, Tatkraft, Beharrlichkeit und Kreativität. Dieser Weg ist manchmal mühsam und steinig, kann aber ein sehr sinnstiftender, erfüllender Weg sein.

3 Die Richtigkeit des Tuns ist entscheidend, nicht der Erfolg

Bei unserem Engagement geht es nicht vorrangig um Erfolge, sondern zuerst und vor allem um die Richtigkeit des Tuns an sich. Wenn ich meine Kinder nicht schlage, wird das die Gewalt in der Welt nicht messbar verringern – es ist dennoch richtig. Wenn ich andere Menschen menschlich behandle, wird dies die Menschenverächter wenig beeindrucken, es ist dennoch richtig. Wenn ich Müll oder Schadstoffausstoße vermeide, wird dies allein die Klimaüberhitzung nicht aufhalten, es ist dennoch richtig. Und wenn es niemanden interessieren und alles noch schlimmer würde: es wäre dennoch richtig.

Warum sollte ich es also *nicht* tun, wir uns *nicht* engagieren? „Erfolg“ – wie immer und von wem definiert – ist nicht maßgeblich und jedenfalls „keiner der Namen Gottes“ (Martin Buber). Hans und Sophie Scholl und ihre Mitstreiter von der „Weißen Rose“ haben weder den Krieg noch Auschwitz verhindert; doch nicht ihr Erfolg, sondern ihr Tun machte den Unterschied.

4 Radikale Zuversicht statt Resignation

Wir dürfen uns nicht anstecken lassen von Frustration, Resignation, Angst; nicht verunsichern lassen von den Sinnlosigkeitspredigern und Angstmachern. Sonst hätten sie zweimal gewonnen: zuerst Angst und Schrecken verbreiten – und dann den Widerstand ersticken, *unseren* Widerstand ersticken in *unserem* Frust und *unserer* Resignation. Sie wollen uns einreden: „Das bringt doch alles nichts“; sie bezeichnen uns vielleicht als naiv, als weltfremd, als „Gutmenschen“, belächeln uns oder wollen uns in Misskredit bringen, uns lähmen – damit sie dann freie Bahn hätten.

Darum jetzt erst recht: Das wollen und dürfen wir nicht zulassen! Wir lassen uns nicht einschüchtern und erschrecken. Zur unerschrockenen Tat brauchen wir Mut und Zuversicht, sogar *radikale* Zuversicht. Zuversicht ist kein naiver „Alles wird gut“-Optimismus, kein verharmlosendes „Wird schon nicht so schlimm werden“, kein *Gefühl*, das

man hat oder eben *nicht* hat. Zuversicht ist die Überzeugung, dass unser Handeln einen Unterschied macht, für mich oder andere, die Gesellschaft, die Welt. Zuversicht ist eine Haltung, eine Geisteshaltung. Zur Zuversicht kann man sich entscheiden.

5 Mut macht Mut, Kraft gibt Kraft

Der Einsatz für Frieden, Menschenrechte oder Klimaschutz ist keine permanente Erfolgsgeschichte. Rückschläge sind unvermeidlich, gelegentliche Zweifel an der Menschheit oder am Sinn des eigenen Tuns normal. Doch wenn wir schwächeln, dann schauen wir uns um: Wir sind nicht allein! Wir sind Viele! Die Welt ist voller Menschen und Initiativen, die sich unermüdlich für eine gute Welt einsetzen und

Erstaunliches bewegen, im Kleinen wie im Großen. Ihr Mut macht Mut, ihre Kraft gibt Kraft. Die Welt war nie perfekt, und sie war früher ganz bestimmt nicht besser als heute. Sehr vieles ist *heute* sehr viel besser, hierzulande und weltweit. Doch diese Fortschritte waren keine Selbstläufer, sie sind nicht „einfach so“ geschehen. Sie wurden möglich, weil sich viele Menschen an vielen Orten nicht abfinden wollten mit Ungerechtigkeit, Benachteiligung, Umweltzerstörung – und konkret aktiv wurden: Mutig gegen die Angstmacher, beharrlich gegen die Fatalisten, kreativ gegen alle Widerstände, gemeinsam gegen die Resignation, mit radikaler Zuversicht!

Dr. Markus Weingardt, Nov. 2025

(leicht überarbeitete Fassung eines Blog-Beitrags unter www.weltethos.org/dranbleiben-fuenf-gute-gruende/ veröffentlicht am 07.11.2024)



„Der Friede beginnt nicht mit Verträgen, sondern mit dem Entschluss des Einzelnen, kein Werkzeug der Zerstörung zu werden.“

Milosz Matuschek

Dranbleiben – am Ziel eines Zivilsteuergesetzes!

Jetzt erst recht! Oder wie geht es Ihnen? Unser Gewissen wird immer stärker belastet, weil wir immer mehr zahlen müssen für etwas, was wir absolut nicht verantworten können. Daher haben wir eine neue Aktion ausgedacht, bei der Sie alle mitmachen können, und unsere KollegInnen von der DFG-VK (in der einige von uns ebenfalls Mitglied sind) ebenso – weil die Ziele unserer beider Vereine doch dieselben sind! Diese neue Aktion sieht so aus: wir verbinden Lobbygespräche mit Bundestagsabgeordneten sowie einige Steuerverweigerungsaktionen (von mutigen Menschen!) miteinander. Jede/r TeilnehmerIn beteiligt sich mit den Möglichkeiten, die er/sie hat oder sich zutraut. Dafür suchen wir Verbündete unter unseren LeserInnen und bei der DFG-VK.

Wir haben alle Ortsgruppen der DFG-VK angeschrieben und um Mitwirkung gebeten. Natürlich müssen die Gruppen sich im neuen Jahr erst einmal wieder treffen, um das zu besprechen. Positive Rückmeldungen kamen bis Ende Januar von den Ortsgruppen Karlsruhe und Bonn-Rheinsieg. Doch wir warten jetzt nicht ab, bis der Bundesausschuss oder gar die Bundeskonferenz der DFG-VK grünes Licht gibt! Im Prinzip kann jede/r selbst entscheiden, ob und wann er/sie loslegt. Allerdings wollen wir die Aktion möglichst in einem überschaubaren Zeitraum durchführen, damit Lobbyarbeit und Kriegssteuerverweigerung zeitgleich beginnen und gemeinsam in der Öffentlichkeit erscheinen können: Wir planen dafür die Zeit vom 15. Mai bis Ende dieses Schuljahres (Anfang Juli) ein und – eventuell – weiter ab Anfang des neuen Schuljahres, so lange wie angebracht.

Wer Lobbygespräche mit den Bundestagsabgeordneten im eigenen Wahlkreis führen will, findet die Kontaktadressen auf www.bundestagsabgeordnete.de. Jede/r Abgeordnete/r (MdB) ist für uns wichtig, aber die der AfD lassen wir erst mal raus, oder? Zusätzlich findet man für jede/n MdB dort eine Angabe, in welchem der 24 Ausschüsse er/sie aktiv ist, und ob er/sie da als „ordentliches Mitglied“ oder nur als „stellvertretendes Mitglied“ tätig ist. Viele MdB sind in

mehreren Ausschüssen entweder „ordentlich“ oder „stellvertretend“ tätig. Es ist hilfreich, das zu wissen; es könnte die Anfrage für einen Gesprächstermin positiv beeinflussen. Die wichtigsten Ausschüsse sind für uns Verteidigung, Finanzen und Haushalt; aber vielleicht empfinden MdB in Ausschüssen für soziale Themen eher ähnlich wie wir, da bei ihnen die ganzen Finanz-Kürzungen sichtbar werden (was sie aber zumeist auch selbst mit-verursacht haben...).

Wer den Rechtsweg gehen will – sprich: Steuern verweigern –, möge sich über die Möglichkeiten dazu auf unserer Webseite informieren: www.friedenssteuer.de/rechtswege, oder /downloads/Anträge an Finanzämter. Bis jetzt wurden alle Steuerverweigerungsprozesse negativ beschieden: Einfache Steuergesetze gehen nach Ansicht der Richter vor das Grundrecht auf Gewissensfreiheit. Das ist u.E. eine rein politische Entscheidung und ein Verstoß gegen unser Grundgesetz, das in Art. 1(3) festgeschrieben hat: „Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“ Dazu gehört auch die Freiheit des Gewissens, Art. 4 GG. Wir hoffen immer wieder, den ersten Richter zu treffen, der das auch so sieht, und der dabei nicht an erster Stelle um seine Karriere bangt.

Lassen Sie sich also nicht vor einem Steuerverweigerungs-Prozess abschrecken. Der Gründer unserer Organisation, Günther Lott (Apotheker), sowie auch Ria Makein (Sozialpädagogin) und Dr. Brigitte Janus (Kieferchirurgin) haben fast lebenslanglich Steuern verweigert – und dabei den Mut nie verloren! Ja, der Rechtsweg ist lang und steinig, aber irgendwann werden wir es schaffen – mit Kreativität, Mut und Zuversicht! Und mit mehr Aktiven... Machen Sie mit?

Sie können sich immer auch direkt an mich wenden, wenn Sie Fragen haben (s. letzte Seite).

Gertie Brammer, Karwitz



„Wann Krieg beginnt, das kann man wissen, aber wann beginnt der Vorkrieg? Falls es da Regeln gäbe, müsste man sie weitersagen, in Ton, in Stein eingraben, überliefern. Was stünde da? Da stünde, unter anderen Sätzen: Lasst euch nicht von den Eignen täuschen.“

Christa Wolf, Cassandra

Bild: Netzwerk Friedenssteuer

Ein unbewaffneter Friede

Und entschlossen sagt er (Jesus) auch dem, der ihn verteidigen möchte: »Steck das Schwert in die Scheide!« (Joh 18,11; vgl. Mt 26,52). Der Friede des auferstandenen Jesus ist unbewaffnet, weil sein Kampf unter ganz bestimmten historischen, politischen und sozialen Umständen unbewaffnet war. Die Christen müssen von dieser Neuheit gemeinsam prophetisch Zeugnis ablegen, eingedenk jener tragischen Ereignisse, an denen sie allzu oft mitgewirkt haben. Das große Gleichnis vom Weltgericht lädt alle Christen ein, in diesem Bewusstsein barmherzig zu handeln (vgl. Mt 25,31-46). Und dabei werden sie Brüder und Schwestern an ihrer Seite finden, die in unterschiedlichen Weisen auf den Schmerz anderer zu hören wussten und sich so in ihrem Inneren von der Täuschung der Gewalt befreit haben.

Es ist kein Zufall, dass die wiederkehrenden Forderungen nach einer Erhöhung der Militärausgaben und die daraus resultierenden Entscheidungen von vielen Regierenden mit der Gefährlichkeit anderer gerechtfertigt werden. Tatsächlich stehen Abschreckungspotenzial durch Macht und insbesondere nukleare Abschreckung für die Irrationalität von Beziehungen zwischen Völkern, die nicht auf Recht, Gerechtigkeit und Vertrauen beruhen, sondern auf der Angst und der Herrschaft der Stärke. „Infolgedessen befinden sich die Völker“, wie schon der heilige Johannes XXIII. über seine Zeit schrieb, „beständig in Furcht, wie vor einem Sturm, der jeden Augenblick mit erschreckender Gewalt losbrechen kann. Und das nicht ohne Grund, denn an Waffen fehlt es tatsächlich nicht. Wenn es auch kaum glaublich ist, dass es Menschen gibt, die es wagen möchten, die Verantwortung für die Vernichtung und das Leid auf sich zu nehmen, die ein Krieg im Gefolge hat, so kann man doch nicht leugnen, dass unversehens und unerwartet ein Kriegsbrand entstehen kann.“

Im Laufe des Jahres 2024 stiegen die weltweiten Militärausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 9,4 % und bestätigten damit die seit zehn Jahren anhaltende Tendenz. Sie erreichten einen Wert von 2.718 Milliarden Dollar, was 2,5 % des weltweiten BIP entspricht. Darüber hinaus scheint man heute auf die neuen Herausforderungen nicht allein mit enormen wirtschaftlichen Anstrengungen zur Aufrüstung zu reagieren, sondern auch mit einer Neuausrichtung der Bildungspolitik: Statt einer Kultur der Erinnerung, die das im 20. Jahrhundert gewonnene Problembewusstsein bewahrt und die Millionen Opfer jenes Jahrhunderts nicht vergisst, werden Kommunikationskampagnen und Bildungsprogramme in Schulen und Universitäten sowie in den Medien vorangetrieben, die Bedrohungswahrnehmungen verbreiten und eine rein militärisch geprägte Vorstellung von Verteidigung und Sicherheit vermitteln.

Leider gehört es zunehmend zum derzeitigen Gesamtbild, dass Worte des Glaubens Einzug halten in politische

Kämpfe, dass Nationalismus gepriesen wird und dass Gewalt und bewaffneter Kampf religiös gerechtfertigt werden. Die Gläubigen müssen diesen Formen der Blasphemie, die den heiligen Namen Gottes verdunkeln, aktiv entgegentreten, in erster Linie durch ihre Lebensweise. Deshalb ist es notwendiger denn je, zusammen mit dem Handeln das Gebet, die Spiritualität, den ökumenischen und interreligiösen Dialog als Wege des Friedens und als Formen der Begegnung zwischen Traditionen und Kulturen zu pflegen.

Auszüge aus der Botschaft von Papst Leo XIV zum 59. Weltfriedenstag am 1. 1. 2026



„Wer Sicherheit gewaltfrei denkt, ist immer auf den Spuren Jesu Christi!“

Landesbischof Friedrich Kramer, Friedensbeauftragter der Evangelischen Kirche in Deutschland, in seinem Grußwort zum 10jährigen Bestehen von „Sicherheit neu denken!“

Bild: Simone Walter

Meine Auseinandersetzung mit dem Finanzamt

Meine Verbundenheit mit dem Gedanken der Kriegssteuer- verweigerung begann 1983 auf dem Kirchentag in Hanno- ver. Es leuchtete mir sofort ein, dass die GeldgeberInnen für Tötungen mitverantwortlich sind. Deshalb beteiligte ich mich an der Aktion: 5,72 DM der KFZ-Steuer zu verweigern. Das endete 1985, weil ich ab da für die nächsten 15 Jahre kein Auto mehr besaß. Das zuständige Finanzamt in Köln behielt die zurückbehaltenen Beträge bei der Rückzahlung für die restlichen Monate einfach ein.

Der nächste Schritt war es, einen Antrag an das Finanz- amt in Kleve zu stellen, 15% meiner Steuern zu erlassen bzw. in einen Sozialfond einzuleiten, weil es mir mein Ge- wissen verbietet, mich an der Vorbereitung von Kriegen zu beteiligen. Das geschah 1997 und wurde natürlich abge- lehnt.

Im Jahr 2000 legte ich Einspruch gegen die Ablehnung ein, jedoch ohne Reaktion. Daraufhin erfolgte meine Klage vor Gericht gegen das Finanzamt Kleve. Die Verhandlung am Finanzgericht in Düsseldorf fand 2002 statt und wurde erwartungsgemäß als unbegründet zurückgewiesen. Unter Hinzuziehung eines Klever Anwaltes legte ich Beschwerde beim Bundesfinanzhof in München ein mit der Begründung, dass

1. eine Rechtsfrage von grundsätzlicher Bedeutung zu entscheiden ist und
2. die Fortbildung des Rechtes eine Entscheidung des Bundesfinanzhofes erfordert.

Im Jahr 2003 stellte ich dann beim Finanzamt Kleve einen Antrag auf Herabsetzung der Einkommenssteuer aus Billig- keitsgründen gem § 163 AO.

Auch das wurde abgelehnt und die darauf folgende Kla- ge beim Finanzgericht in Düsseldorf abgewiesen. 2011 stellte ich einen Stundungsantrag wegen erheblicher Ge- wissenshärte. Dem wollte das Finanzamt ebenfalls nicht folgen. Wieder erhob ich Klage beim Finanzgericht in Düs- seldorf. Wieder wurde abgelehnt.

Dann beteiligte ich mich an einer gemeinsamen Verfas- sungsbeschwerde mehrerer KlägerInnen gegen die Beteili- gung an der Finanzierung des Militärs. Diese wurde nicht zur Entscheidung angenommen, da wir nicht unmittelbar beteiligt seien an der Entscheidung zur Verwendung der Steuern.

Der 2012 erneut gestellte Antrag auf Stundung wurde wieder abgelehnt, das wiederum angestrengt Klageverfah- ren scheiterte ebenfalls. Das gleiche nochmals 2013. Paral- lel dazu pfändete das FA die von mir zurückgehaltenen Steuernachzahlungen.

Seit 2015 verweigere ich jede Zusammenarbeit mit dem Finanzamt und reiche keine Steuerklärung ein. Lediglich meine Spendenbescheinigungen stelle ich ihnen zu, da sie ja auch die Steuermittelungen durch den Rententräger er- halten. Wie wurde doch auf dem Netzwerktreffen in Heils- bronn 2015 erklärt:

Nicht jammern – klagen! Und dicke Bretter bohren.

Ria Makein, Kleve



Grafik: Wilfried Porwol

KURZ & BÜNDIG

Kriegsdienstverweigerung international

KDV ist nicht nur in Deutschland ein Grundrecht, sondern ein grundlegendes Menschenrecht, das überall geschützt werden muss. Sie ist Bestandteil des Menschenrechts auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit nach Art. 18 der Menschenrechtserklärung, Art. 18 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), Art. 10 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – und, wie vom Europäischen Jugendforum und der UN-Menschenrechtserklärung definiert, ein Jugendrecht. Das europäische Büro für Kriegsdienstverweigerung (EBCO) beteiligt sich weiterhin aktiv an der internationalen #Object-WarCampaign, unterstützt russische, belarussische und ukrainische Kriegsdienstverweiger*innen und setzt sich für deren Schutz und Asyl in EU-Ländern ein. Bei der Erstel- lung des letzten Jahresberichts war Derek Brett für unsere internationale Dachorganisation Conscience and Peace Tax International (CPTI) im Redaktionsteam.

Quelle: *European Bureau for Conscientious Objection (EBCO): EBCO new annual report on conscientious objec- tion in Europe – A Call to Safeguard the Right to Refuse to Kill and Resist Wars. June 6, 2025 (www.ebco-beoc.org)*



UN-Friedensfonds

Kleine Erfolge bewegen große Berge. Die Nachricht des Tages: Ihr könnt jetzt bei den Vereinten Nationen für den Frie- den bezahlen. Seit mehr als zwei Jahren setzen wir uns da- für ein und arbeiten mit Beamten und Einzelpersonen zu- sammen, um ein einfaches Kontrollkästchen, eine Zah- lungsseite, auf der Seite des Friedensfonds der Vereinten Nationen einzurichten. Das Verhältnis für diesen sehr wich- tigen Schritt ist langfristig gesehen einfach: „Um Frieden zu erreichen, müssen wir mehr für Frieden bezahlen als für Krieg.“ Dies bedeutet nicht nur, an den richtigen Stellen für die richtigen Dinge zu bezahlen, sondern auch, die Situa- tion all jener zu verbessern, die sich weigern zu akzeptieren, dass ihre Gelder und Steuern für Verluste an Menschenle- ben, Kosten und Zerstörungen durch Krieg, Kriegsvorberei- tungen und Propaganda und manchmal sogar Völkermord verwendet werden.

Quelle: *Christophe Barbey, Center for Global Nonkilling*

Eine Anekdote und ein bisschen Sächsisch

Meine liebe Pflegemutter, die als Kind den Krieg in Leipzig erlebte, hat sie oft erzählt, diese Anekdote. Sie hoch- deutsch wiederzugeben war kein Problem. Nun habe ich auch eine sächsische Fassung:

Eene Gombanie wor zem Abbell angedräd. Dor Leuidnond schwor se uff en Gombf om nächsten Doch nei: Mon ge- chen Mon füars Voaderland!

Noch em Abbell soacht e Soldaod zem Leuidnond:

„Herr Leuidnond gestadden, Soldaod Schulze mei Nome, es is sähr dringend: Bidde nännen Se miar doch exogd den Mon, gechen dän isch gämpfän soll, ewenduell kenn mer sisich jo noach giedlich einichen.“

Eine Kompanie war zum Appell angetreten, der Leutnant schwor sie auf den Kampf am nächsten Tag ein: Mann ge- gen Mann fürs Vaterland...

Nach dem Appell sprach ein Soldat den Leutnant an:

„Herr Leutnant gestatten, Soldat Schulze mein Name, es ist sehr dringend: Bitte nennen Sie mir doch exakt den Mann, gegen den ich kämpfen soll, vielleicht kann man sich ja noch gütlich einigen.“

Quelle: *Daniela Giering, Boitzenburger Land*

Ein Prosit auf die Kriegsflotte

Wenn wir von „Kriegssteuerverweigerung“ reden, bekom- men wir oft genug zu hören, dass es doch gar keine „Kriegssteuern“ gäbe, weil alle Steuern in einen großen Topf, also den Bundeshaushalt, fließen, aus dem dann alle Bun- desausgaben finanziert werden. Historisch zumindest sieht es aber ein bisschen anders aus: immer wieder wurden neue Steuern erfunden oder bestehende erhöht, um ganz gezielt Rüstungsausgaben und Kriegskosten zu finanzieren. Als z. B. Kaiser Wilhelm II. das Geld ausging, um die Erwei- terung seiner Kriegsflotte zu bezahlen, hat er 1902 doch flugs die Schaumweinsteuer eingeführt. Die gibt es heute noch, auf dass wir bei jedem Gläschen Sekt daran erinnert werden, dass steigende Anteile unserer Bundessteuern ins Militär fließen. Aber auch die Einkommenssteuer, die es schon länger gibt, hat einen militärischen Ursprung: „Die Anfänge der Einkommensbesteuerung auf deutschem Bo- den waren von der Finanznot durch Krieg geprägt. Karl Frei- herr von Stein propagierte 1806 als Kriegsteuer eine pro- gressive Steuer auf das Gesamteinkommen.“ Und wenn wir über die Grenze schauen: bis 1982 hieß die Einkommens- steuer der Schweiz „Wehrsteuer“.

Quelle: *Tipke / Lang Steuerrecht, Verlag Dr. Otto Schmidt Köln, 21 Auflage 2013, S. 264–266*

KURZ & BÜNDIG

Geld in die Taschen der Todeshändler

Anlässlich der Generalausssprache des Ersten Ausschusses der 80. Sitzung der UN-Generalversammlung am 17. Oktober 2025 warnte der Apostolische Nuntius und Ständige Beobachter des Heiligen Stuhls, Erzbischof Gabriele Caccia, vor einer gefährlichen Rückkehr zu Gewalt und Furcht als Mittel der Konfliktlösung. Erzbischof Caccia zitierte Papst Leo XIV. direkt, der die moralische Brisanz der Aufrüstung betonte: „Wie können wir weiterhin den Wunsch der Völker der Welt nach Frieden verraten mit Propaganda über den Waffenaufbau, als ob militärische Überlegenheit Probleme lösen würde, anstatt noch größeren Hass und den Wunsch nach Rache zu schüren? Die Menschen beginnen zu erkennen, wie viel Geld in den Taschen der Todeshändler landet; Geld, das zum Bau neuer Krankenhäuser und Schulen verwendet werden könnte, wird stattdessen zur Zerstörung der bereits bestehenden genutzt!“

Quelle: www.vaticannews.va/de/vatikan/news/2025-10/vatikan-uno-caccia-aufruestung-verrat-friedenswunsch-voelker.html

Ausbildung zum/r Friedensstifter/in

Im März 2026 können sich Menschen mit pädagogischer Vorbildung von der evangelischen Kirche zu Trainerinnen und Trainern für Friedensstifter ausbilden lassen. Kernelemente sind die Sensibilisierung für verschiedene Formen der Gewalt, eine biblische Betrachtungsweise auf Frieden, dem Erproben von aktivem und gewaltlosem Handeln und der Entwicklung von Zivilcourage durch Reflexion und Stärkung des Selbstvertrauens. Die Fortbildung findet vom 17.–19. März 2026 im Evangelischen Bildungshaus/Heimvolkshochschule Kohren-Salis (Sachsen) statt.

Quelle: *Schneeberger Stadtanzeiger, Januar 2026, S. 25*

Eine Friedensmentorinnen-Ausbildung für junge Menschen hingegen bietet Peace for Future, ein Projekt der Initiative „Sicherheit neu denken“ an. Peace for Future trägt zu einer neuen Friedenskultur bei, die Menschen zusammenbringt und die Sicherheit aller in den Fokus rückt. Die Initiative will junge Menschen in den Themen Frieden und Konflikt weiterbilden, sie durch ein lebendiges Netzwerk stärken und gemeinsam für eine friedlichere Welt in Aktion kommen. Der nächste Kurs findet vom 18.–21. Juni 2026 in Warburg statt.

Quelle: www.peace4future.de

Neuer Wehrdienst?

Seit 1.1.2026 gilt ein neues Wehrdienstgesetz, das die Wiedereinführung der Wehrpflicht vorbereiten soll und einen Teil der gesamtgesellschaftlichen Militarisierung darstellt. Es ist ein dringender Anlass, wieder verstärkt für die Kriegsdienstverweigerung (KDV) zu werben – die ist nämlich nach wie vor für alle Männer zwischen 18 und 60 Jahren und mit deutscher Staatsangehörigkeit möglich, egal ob vor, während oder nach einem Wehrdienst. In der KDV-Beratung sollte auch die Gewissensfrage der Steuerzahlung für Militär und Rüstung angesprochen werden, weil das gleiche Gewissen, das es verbietet, eine Waffe in die Hand zu nehmen und auf einen Mitmenschen zu richten, kaum die Finanzierung der Waffen in den Händen von Anderen gutheißen kann. Ein nettes Erklärvideo zur KDV mit allen wichtigen Infos gibt es von der Evangelischen Friedensarbeit, nur leider (noch) ohne den Hinweis auf die Steuern; trotzdem zu empfehlen:

www.youtube.com/watch?v=H-97eG2MnN8

Schüler/innen-Streik

Am 5.12. streikten bundesweit Schüler/innen gegen den neuen Wehrdienst, der an diesem Tag im Bundestag beschlossen wurde. So auch in Lüchow/Wendland. Dort demonstrierten ca. 300 SchülerInnen, unter ihnen auch welche aus der Altmark (Salzwedel). Sie waren gut organisiert und führten den Demo-Zug zum Schluss um das ganze Schulviertel herum, damit auch die Schulleitung das richtig mitbekam, die natürlich davor gewarnt hatte – von wegen „unerlaubter Fehltag“! Zwei Schülerinnen hielten sehr gute Reden! Auch einige Erwachsene sprachen kurz am offenen Mikrofon. Am 5. März soll der Protest weitergehen. Wichtig ist dabei, dass im Januar in Lüchow eine neue KDV-Beratungsstelle ihre Arbeit aufgenommen hat. Unter den Schülerinnen hat Gertie Brammer ca. 100 Doppelkarten verteilt, die gerne angenommen wurden. Dazu hat sie den Text von der „Soldatenkarte“ (FN65, S.15) für SchülerInnen umgeschrieben (siehe Kasten). Wer Interesse hat, kann die fertigen Karten dort bestellen (Adresse siehe Rückseite).

Quelle: Gertie Brammer, Karwitz

Freiwilliger Wehrdienst? Oder gar Wehrpflicht?

Liebe Schüler:innen!

Wenn ihr euch irgendwann doch für die Bundeswehr interessiert, dann fragt euch selber: wofür wollt ihr kämpfen?

Doch nicht etwa für MEINE Freiheit, oder für DIE Freiheit, oder welche? Das möchte ich nicht. Denn: Wenn ihr dabei sterben würdet, würde ich mich nicht befreit, sondern sehr unwohl fühlen.

Ich will nicht, dass ihr für mich sterbt.
Ich will nicht, dass ihr andere tötet,
die gar nicht eure persönlichen Feinde sind
(aber auch, wenn sie es wären, solltet ihr sie nicht töten!)

Mir liegt nichts an Nationalstaaten.
Ich würde weder für noch gegen „Deutschland“ kämpfen.
Ich setze mich friedlich für Gerechtigkeit ein.
Egal für welche Nationalität.

Eine Armee ist nichts anderes als eine Tötungsmaschinerie.
Sie produziert nur Negatives, schon in Friedenszeiten:
Sie verschlingt Unsummen an Steuergeldern, die dringend gebraucht werden
für Bildung, Krankenhäuser, Klimaschutz, ÖPNV, Brücken und Straßen.

Bitte nehmt keine Waffe in die Hand, werdet keine (Staats-)Mörder!
Steckt eure Energie und Talente in etwas Positives.

„Feinde“ werden nur künstlich aufgebaut:
Durch die Mächtigen in Politik und Wirtschaft, die niemals selber kämpfen.

Gertie Brammer, Karwitz

„Wer die Welt wirklich retten will,
diesen kostbaren, einzigartigen,
wunderbaren Planeten,
der muss den Hass und den
Krieg gründlich verlernen.“

Antje Vollmer, evang. Theologin,
Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestages

NETZWERK INTERN

Friedenssteuer auf der Münchner Friedenskonferenz

Parallel zur Münchner Sicherheitskonferenz, zu der sich Militärs und Politiker aus aller Welt in der bayrischen Landeshauptstadt versammeln, findet jedes Jahr eine Internationale Münchner Friedenskonferenz statt, die als Alternative von Münchner Friedensgruppen organisiert und getragen wird. Das Netzwerk Friedenssteuer ist Mitglied im Trägerkreis der Friedenskonferenz und wird dort durch unsere Geschäftsführerin Katharina Rottmayr-Czerny vertreten. Katharina war auch Podiumsteilnehmerin bei der Eröffnungsveranstaltung „I Refuse! – Weltweiter Widerstand gegen den Krieg“ am 13. Februar im Salesianum. Zur Unterstützung kamen Wolfgang Steuer (auf dem Foto am Info-Stand), Jan Birk und Albert Blattmann für das Konferenz-Wochenende nach München.

<https://www.facebook.com/friedenskonferenz>



Kriegsuntüchtigkeit als Chance

Hermann Theisen hat die Initiative ergriffen, eine Essay-Sammlung mit dem obigen Titel als Buch im Graswurzelverlag herauszugeben (ca. 288 Seiten | ca. 28,00 Euro | ISBN 978-3-939045-61-8). In dieser Anthologie kommen ca. 40 Autor*innen aus sehr unterschiedlichen Disziplinen und Lebenswelten zu Wort, darunter langjährige Unerstürzte*innen des Netzwerks Friedenssteuer wie Dr. Martin Arnold und Professor Dr. Ulrich Duchrow. Auch das Netzwerk selbst war um einen Beitrag gebeten worden und so ist eine erweiterte Fassung der Ostermarsch-Rede 2024 („Betteln für die Aufrüstung?“ | FN 64, S.12) von Klaus Waiditschka nun auch Bestandteil dieser Publikation, die ab April im Buchhandel erhältlich sein wird.

Petition abgelehnt

Im Dezember 2025 erhielten wir die Nachricht, dass der Petitionsausschuss es abgelehnt hat, sich aufgrund der Unterschriftensammlung, die wir 2023 durchgeführt haben, mit dem Friedenssteuer-Gesetz zu beschäftigen. Wir werden jetzt rechtlichen Rat einholen, wie wir am besten weiter vorgehen und auf der Frühjahrstagung in Bad Hersfeld beraten, was die nächsten Schritte sein sollen. Unterschriften werden wir auf jeden Fall auch weiter sammeln, weil dies eine einfache und niedrigschwellige Möglichkeit ist, dem Gewissen und der Unzufriedenheit mit der derzeitigen Rechtslage Ausdruck zu verleihen.

NETZWERK INTERN

Tagungen des Netzwerks

Zur Herbsttagung Ende Oktober 2025 trafen sich die Menschen aus dem Netzwerk, die eine besondere Funktion oder Aufgabe haben: (von links nach rechts) Ria Makein, Wolfgang Steuer, Katharina Rottmayr-Czerny, Jan Birk, Albert Blattmann, Gertie Brammer und Hannelore Morgenstern.

Sie besprachen die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der DFG-VK, die internationale Arbeit mit Kriegsdienstverweigerern von Connection e.V., die internationale Aktion „10% für Alle“, die in Deutschland von der Rosa-Luxemburg-Stiftung koordiniert wird, und die Mitgliedschaft bei „Sicherheit neu denken!“. Die Printmaterialien des Netzwerks wurden genauer angeschaut und entschieden, was geändert oder aktualisiert werden muss, sowie welche Publikationen in welcher Auflagenhöhe nachgedruckt werden.

Die Frühjahrstagung 2026 findet dann vom 27.–29. März in Bad Hersfeld statt; wie in jedem Jahr sind zu dieser Tagung alle Interessierten herzlich eingeladen. Gemeinsam mit der Friedensinitiative Bad Hersfeld wird auch wieder eine öffentliche Veranstaltung geplant. Und im September soll es dann wieder eine internationale Tagung unserer internationalen Dachorganisation Conscience and Peace Tax International in Brüssel geben; genauere Informationen dazu werden auf unserer Internetseite veröffentlicht, sobald die Planungen abgeschlossen sind.



„Es ist bekannt, dass man mit Gewalt keine guten Lösungen für Konflikte, keine Sicherheit herstellen kann. Trotzdem geben wir jedes Jahr viele Milliarden für Militär aus und nur einen Bruchteil für nachhaltige Konfliktlösungen. Das ist ein Irrweg. Kein Geld für Krieg“
Katharina Rottmayr-Czerny



NETZWERK INTERN

Regionalgruppe „Freunde gerechter Besteuerung“

„Liebe Freunde gerechter Besteuerung“ überschrieb Sven Jensen seine Gedanken zu einem Treffen, zu dem er an einem Sonntag im Februar 2026 eingeladen hatte – zu sich nach Hause. Es kamen vier Menschen aus Tübingen bzw. Umgebung. Alle daran interessiert, gegen die Entwicklung in Richtung „Kriegstüchtigkeit“ mit dem Abbau bürgerlicher Rechte auf allen Ebenen zu steuern.

Die Aktion Friedenssteuer mit dem Ziel, Steuern für alle zivilen Zwecke und nicht mehr für Ausgaben zugunsten von Rüstung und Militär zu entrichten, war außer Sven noch niemandem bekannt und wurde von Wolfgang Steuer, als Gast ebenfalls beim Treffen dabei, erklärt. Es kamen die Möglichkeiten des legalen und gewaltfreien Engagements zur Sprache, also ein Antrag auf Erlass oder Stundung fälliger Steuern an das Wohnsitzfinanzamt, bei Ablehnung Klage vor dem Finanzgericht des jeweiligen Bundeslandes, Lobbyarbeit mit Mitgliedern des Bundestages als den Zuständigen für die Vorlage eines Gesetzesentwurfs – wie vom Netzwerk Friedenssteuer erarbeitet – und natürlich das Weitersagen

und Bekanntmachen des Zwangs zur Mit-Finanzierung der Rüstung und dieser Aktion.

Ein Vorschlag von Sven wird sicherlich unterstützt werden – und hierzu werden weitere Mitmacher gesucht: ein Informationsstand auf dem Tübinger Marktplatz am 1. Mai während der gewerkschaftlich organisierten Mai-Demonstration. Auch soll die Gruppe wachsen, zumal in Tübingen ein bedeutendes Potenzial an basisdemokratischen und engagierten Menschen besteht. Zu Mitgliedern des Bundestags könnte Kontakt aufgenommen werden, um sie über unser Vorhaben der Zivil- statt Rüstungssteuer zu informieren und zu gewinnen.

Eine kurze Diskussion entspann sich darüber, welche Haltung gegen politische Frustration bis hin zur Depression helfen kann: es ist das engagierte Eintreten für eine gute, gewaltfreie Sache, die überzeugt. (Siehe dazu den Artikel „Dranbleiben“ in diesem Heft, S. 4).

Wolfgang Steuer, Trossingen



Materialliste

INFOBLÄTTER, PLAKATE



Zivilsteuergesetz in 6 Schritten



Zivilsteuergesetz für Menschen und Klima



A4-Plakat Bekanntmachung

BROSCHÜRE UND FALTBLÄTTER



Broschüre mit allen Infos



Faltblatt Pro & Contra Zivilsteuer

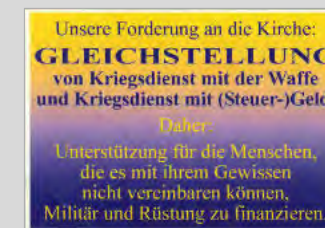


Faltblatt „Steuern zu Pflugscharen“

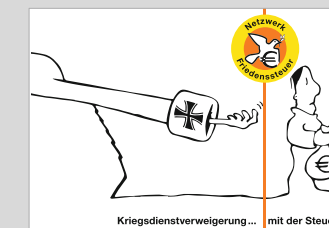


Leporello Zivilsteuer

HANDZETTEL, KARTEN, MARKEN, AUFKLEBER



Forderung an die Kirchen



Karte Kriegsdienstverweigerung



Klappkarte Cartoon Stuttmann, 0,50 €



Geldschein



Aufkleber gegen Spende (mind. 2 €/Bogen = 24 St.)

Bestellungen an
Gertie Brammer
(Adresse siehe letzte Seite)

Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	E-Mail
Öffentlichkeit/Materialvers.	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	05861-985742	gbram@posteo.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Klaus	Waiditschka	George-Washington-Str. 255	68309	Mannheim	0621-40546939	k.waiditschka@friedenssteuer.de
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Internationales/CPTI	Jan	Birk	Weber Str. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860 0152 53598491	gisela-lmk@web.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9 a	81377	München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Ohestraße 1c	30169	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@mailbox.org
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Bielingplatz 1	90419	Nürnberg	0911-353237	br.janus@t-online.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	buscher@friedenssteuer.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr-Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Vorstand, Vorsitzender	Jan	Birk	Weberstr. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de

Termine 2026

27.–29.3.2026 Frühjahrsagung in Bad Hersfeld

September 2026 Conscience and Peace Tax International
Internationale Netzwerk-Tagung in Brüssel

*„Lasst sie demonstrieren
soviel sie wollen, solange sie
weiter ihre Steuern bezahlen.“*

*General Alexander Haig, US-Außenminister
unter Präsident Ronald Reagan; Quelle:
www.en.wikiquote.org/wiki/Alexander_Haig*

Impressum

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer e.V.

Raidinger Str. 9a, 81377 München

Telefon: 089 – 71 62 83

info@friedenssteuer.de

www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00

BIC: GENODEM1GLS (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Bei allen Spenden bitte den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Der Rundbrief *Friedenssteuer Nachrichten* erscheint 1 oder 2 Mal pro Jahr, Auflage 750 Stück.

Er geht an alle, die ihn bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktion: Klaus Waiditschka, s.o.

DATENSCHUTZ: Personenbezogenen Daten benutzen wir nur für interne Zwecke; sie werden nicht an Dritte weitergegeben. Besucher unserer Webseite werden nicht registriert. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Webseite
> Wir über uns > Datenschutz.